

# Sächsische Vorfzeitung und Elbgaupresse

Vertriebs-Anstalt: Amt Dresden Nr. 31307  
Tel.-Nr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger  
Tageszeitung für das östliche Dresden u. seine Vororte

Zust.-Rote: Allg. Deutsche Creditanstalt, Dresden  
Postfach-Nr.: Nr. 512 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-N.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich: Eugen Berner Dresden.

Erscheint täglich mit der Beilage „Agrar-Warte“ und „Amst. Kur- und Fremdenliste“. Bezugspreis: Monatlich M. 2.20.—, außer Zustellgebühr; bei den deutschen Postanstalten M. 2.20.—. Einzelverkaufspreis: M. 40.—. Für Fälle höherer Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Verlag keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Druck: Clemens Langhans Nachf., Dresden-Freital. Bei unvorläufig eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch Fernsprecher aufgegeben werden, kann eine Verantwortung bez. der Richtigkeit nicht übernommen werden.

Nr. 6

Blasewitz, Montag, 8. Januar 1923

85. Jahrgang.

## Vor unerwarteten Ereignissen?

Paris, 7. Januar. Die Reparationskommission wünscht dem Quai d'Orsay gegenüber, zu bekunden und ihre Absicht darzutun, gerecht und forrest zu verfahren. Man darf aus ihrem Beschlusse ableiten, daß auch in der Angelegenheit des Moratoriums und auch in der Frage der vom Reichsfinanzminister Cuno auf Grund seiner ersten Verhandlung mit den deutschen Industriellen vorgeschlagenen Pfänder die Vertreter der deutschen Regierung gehört werden. Das Blatt hält es für möglich, daß die Unabhängigkeit der Reparationskommission ebenso günstige wie unerwartete Ergebnisse zeitigen werde.

### Deutschland wird gehört.

Paris, 6. Januar. Ueber die heutige Sitzung der Reparationskommission wurde folgender amtlicher Bericht veröffentlicht:

Die Reparationskommission trat um 10 Uhr morgens unter dem Vorsitz von Louis Barthe zusammen, um in die Prüfung eines Schreibeles des französischen Delegierten einzutreten. Das die Feststellung einer Verletzung Deutschlands bei den an Frankreich im Jahre 1922 bewirkten Kohlenlieferungen durch die Kommission auf Grund des Paragraphen 17 Absatz 2 des Versailler Vertrages beruht. Da die deutsche Regierung die Bitte ausgesprochen hatte, daß man sie über diese Frage anhören möge, beschloß die Reparationskommission, die Vertreter der deutschen Regierung am Montag, den 8. Januar, um 8 Uhr nachmittags anzuhören.

Bradbury sprach in der heutigen Sitzung einige Worte. Er empfahl, den Friedensvertrag zu beachten und die Rechte und Machtbefugnisse der Reparationskommission vollständig anerkennen zu lassen. Dem Tempus zufolge würde sich die Reparationskommission bereits Montagabend oder Dienstag morgen über den französischen Vorschlag, eine „Verfesslung“ Deutschlands festzustellen, schlüssig werden.

### Nach Paris unterwegs.

Berlin, 7. Jan. Die drei Sachverständigen, die von der Reparationskommission in der Angelegenheit der angeblichen deutschen Verletzungen bei den Kohlenlieferungen gehört werden sollen, sind nach Paris abgereist.

### Die Entschlußfreiheit.

Paris, 6. Januar. Der „Temps“ veröffentlicht die folgende offizielle Note: „Man hat zahlreiche Informationen über die Maßnahmen verbreitet, die die französische Regierung gegenüber dem Deutschen Reich zu treffen gedenkt, und ebenso über die Zeit, die für diese Maßnahmen gewählt werden soll. Wir glauben, daß alle diese Angaben auf Hypothesen beruhen. Die französische Regierung hat über ihre Absichten den Alliierten Mitteilung gemacht, aber sie glaubt, daß es nicht angebracht ist, Bestimmungen oder Details zu veröffentlichen. Die französische Regierung wird sich bestimmt ihre Entscheidungsfreiheit hinsichtlich des Programms und des Zeitpunktes seiner Durchführung vorbehalten.“

Ganz ähnlich klang die Mitteilung der Regierung nach den Indiskretionen über die bekannte geheime Beratung im Elysée. Die Methoden des Ministerpräsidenten Poincaré bleiben sich immer gleich. Inzwischen wird in politischen Kreisen weiter über die Frage herumgeraten, ob irgendeine Aktion bereits in den nächsten Tagen oder erst nach dem 15. Januar erfolgen soll. Etwas Bestimmtes ist nicht

sagen, da jede Auskunft verweigert wird. Es herrscht aber die Ansicht vor, daß Poincaré zunächst endgültige Äußerungen aus Brüssel und Rom erwartet.

### Keine technische Besetzung.

Paris, 7. Jan. „Ere Novelle“ teilt mit: Die vor einigen Tagen verkündete Absicht der sogenannten technischen Besetzung soll wegen materieller Schwierigkeiten als erledigt gelten.

Die „materiellen“ Schwierigkeiten, von denen hier die Rede ist, dürften wohl in der Aussicht auf eine Arbeitsbeschäftigung der Bergarbeiter und Grubenbeamten im Falle einer „technischen Besetzung“ ihre Ursache haben. Das Eisen scheint für Poincaré denn doch zu heiß zu sein.

### Wer's glaubt —!

Paris, 8. Januar. Aus Helsingfors wird gemeldet: Nach einem Moskauer Bericht hat die Sowjetregierung beschlossen, für den Fall der Ruhrbesetzung alle Staatsangehörigen der Entente, Franzosen, Engländer, Serben, Rumänen und Polen, die sich in Rußland aufhalten, zu verhaften und in Konzentrationslagern unterzubringen.

Berlin, 8. Januar. Wie die Telegraphen-Union erfährt, liegt an hiesiger zuständiger Stelle von dem über Paris aus Helsingfors gemeldeten angeblichen Beschluß der Sowjetregierung, die Angehörigen der Ententesstaaten im Falle einer Ruhrbesetzung zu internieren, bisher keine Bestätigung vor.

Wir realisieren beide Weibungen lediglich um der Information unserer Leser willen, weil wir es für ausgeschlossen halten, daß Sowjetrußland, welches gegen Deutschland durchaus keine übermäßige „freundliche“ Gesinnungen hegt, sich auf einmal in der angegebenen Weise für Deutschland ins Zeug legen sollte. Die Internierung, von der die Rede ist, wäre ein derart harter Akt der Feindschaft, daß er zu schwersten Bewußtseinsstörungen führen würde. So dumm hätten wir Rußlands Regierung nicht, daß sie um Deutschlands willen sich die Finger verbrennt, zumal Deutschland in den Damm drückt gegen die Ausbreitung des Bolschewismus über den Kontinent. Es müßte jedoch anderes Erachtens feststehen, von welcher Stelle aus derartige Maßnahmen verordnet werden und welchen Zweck sie dienen sollen.

### Die Haltung der 2. Internationale.

Paris, 7. Januar. Das Internationale sozialistische Sekretariat hielt am Freitag und Sonnabend in Köln (wie schon kurz gemeldet) Beratungen ab. Eine Entschloßung betont die Notwendigkeit, so rasch wie möglich der militärischen Besetzung der Rheinlande ein Ende zu machen und protestiert mit aller Kraft gegen die Politik, die unter dem Vorwande der Pfändnahme gewalttätige Maßnahmen gegen Deutschland, insbesondere die militärische Besetzung des Ruhrgebietes beabsichtigt. Diese Politik mit Entschloßung zu bekämpfen. In einer öffentlichen Versammlung am Sonnabendabend teilte Alexander Bracke (Frankreich) mit, daß am gleichen Abend in Paris, Lille und anderen Städten große öffentliche Versammlungen, die vom Allgemeinen Gewerkschaftsbund und der Sozialistischen Partei organisiert seien, gegen die militärische Okkupation und die eventuelle Besetzung des Ruhrgebietes: nachdrücklich protestieren würden.

### Senar Law lehnt ab.

London, 8. Januar. Reuters berichtet, Senar Law habe beschlossen, den britischen Kabinettsrat nicht einzuberufen, falls nicht andere Entwicklungen in der internationalen Lage eintreten. Der Premierminister Lloyd George, um die genaue Art der unabhängigen Aktion kennen zu lernen, die Frankreich im Ruhrgebiet beschließen, wenn die Besetzung erfolgt, wurde

britische Regierung eine endgültige Erklärung über die britische Politik abgeben. Die britische Zustimmung des Einmarsches ins Ruhrgebiet und die Entwertung des Frankens müßten ein Zögern bei Frankreich hervorrufen. Die Schwierigkeit, die jähre westfälische Bevölkerung zu zwingen, sei ein weiterer Faktor, der zu erwägen werden müsse.

### Also doch!

Paris, 7. Januar. Ueber den Verlauf des gestrigen Ministerrats wird inoffiziell mitgeteilt: Nach längerer Erörterung, in deren Verlauf die Absicht eines sofortigen Vorgehens geäußert worden ist, hat sich der Ministerrat auf Vorschlag Poincarés auf den Standpunkt gestellt, daß die Regierung, bevor sie die Zwangsmaßnahmen durchführe, abwarten wolle, bis die Reparationskommission wiederholte Verletzungen Deutschlands festgestellt habe. Am nächsten Dienstag soll ein neuer Ministerrat abgehalten werden. — Poincaré scheint demnach einige Bedenkenheiten gegen die robuste Manier, mit denen er bisher die Ruhrbesetzung androhte, aufgetaucht zu sein. Er scheint zu bezweifeln, daß seine eigene Ansicht über Deutschlands angebliche Verletzungen keine Rechtsätze sind für Zwangsmaßnahmen.

## Die Lohnforderungen der Bergarbeiter.

Berlin, 8. Jan. Zu der Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums über das Rückstufendekret des Schiedsgerichts in den Verhandlungen über die Bergarbeiterlöhne erzählt die T.-U., daß der Einigungsvorschlag der Unparteiischen eine Lohnerhöhung von rund 37 Prozent, das ist 600 Mark bis zum 15. Januar und 1100 Mark nach dem 15. Januar, dazu eine Erhöhung des Kindergeldes und des Hausstandsgeldes von je 100 Mark auf je 150 Mark pro Schicht vorschlägt, außerdem eine starke Beteiligung der Arbeiter an den Erträgen der Leistungsteigerung. Die Ablehnung der Arbeitgeber erfolgte wegen der Unmöglichkeit der Deckung. Die Arbeitnehmer lehnten wegen ungenügender Höhe ab. Die Verhandlungen werden Montag auf Einladung des Reichsarbeitsministeriums wieder aufgenommen.

## Zwischenfall in Lausanne.

Lausanne, 8. Jan. Auf der Konferenz von Lausanne kam es am Sonnabend zu einer Entscheidung in der Unterkommission für die Ruhrarbeiten. Die italienischen und englischen Delegierten hatten über die Armenierfrage gesprochen und sich für die Errichtung einer nationalen Heimstätte für die Armenier erklärt. Als auch der französische Vertreter das Wort zu dieser Angelegenheit ergreifen wollte, erhob sich Raja Rudi bei und erklärte, die Armenierfrage sei bereits durch die Türken gelöst, und wenn noch weiter darüber gesprochen werde, so würden die Türken den Saal verlassen. Dagegen protestierten die Vertreter der Großmächte. Als aber der französische Delegierte dennoch das Wort ergriff, erhoben sich die türkischen Abgeordneten und verließen demonstrativ den Saal. In Konferenzkreisen herrscht große Erregung über diese Zwischenfälle.

## Wichtige Ereignisse.

Die Reparationskommission hat beschlossen, Deutschland wegen der Kohlenlieferungen anzuhören. Die deutsche Delegation ist bereits nach Paris unterwegs.

Auf Amerika dürfen keine allzu großen Hoffnungen gesetzt werden, weil Amerika die Initiative Frankreich zuschiebt.

Die in Köln zusammengetretenen Vertreter der 2. Internationale haben sich klar gegen die von Frankreich geplanten Gewaltmaßnahmen ausgesprochen.

Die Dynamitarbeiter, welche in Halle a. S. mehrere Anschläge ausgeführt haben, sind ermittelt und verhaftet.

In den Verhandlungen über die Bohrforforderungen der Bergarbeiter scheint der tote Punkt überwunden zu sein.

## Noch offene Fragen.

Die Politik des französischen Ministerpräsidenten Poincaré hat seitdem, die Pariser Konferenz ist auseinandergegangen, ohne in der Reparationsfrage eine neue Richtung zu schaffen zu können. Es tritt also vom 1. Januar, nach Ablauf des Deutschland im August gewährten Moratoriums, wieder der sogenannte Londoner Zahlungsplan in Kraft, der von Deutschland alljährlich zwei Milliarden Goldmark fixer Rate und eine variable Rate von 26 Prozent der deutschen Ausfuhr fordert. Die erste Teilrate dieses Jahres wäre am 15. Januar zu entrichten, und zwar in Höhe von 500 Goldmillionen. Die Beratungen in Paris hatten den Zweck, anstelle dieser bei Ablauf des Moratoriums automatisch wieder in Kraft tretenden Bestimmungen eine neue und mit den Tatsachen besser übereinstimmende Regelung zu setzen. — Sei es nun eine dauernde oder interimistische. Dieser Zweck ist durch die Haltung Frankreichs nicht erreicht worden, vom 1. Januar steht Deutschland, juristisch genommen, also ziemlich genau demselben Blicken gegenüber. — Wägen aber, denen es nach dem eigenen Urteil aller Verbündeten, sogar Frankreichs, für den Augenblick unmöglich genügen kann.

Wir haben also zwei Dinge zu unterscheiden: Erstens die seit dem 1. Januar juristisch bestehenden Pflichten, die das Maß der Bestimmtheitsfähigkeit zwar weit übersteigen, für den Augenblick aber in voller Geltung sind. Und zweitens die Pflichten, die in Abänderung jenes seit wieder geltend werden. Der Realist Herr Poincaré hat sich demnach, die Vorstände aber, die nach Meinungs Erlands und gewiß nach unserer ebenfalls nicht erfüllbar sind.

Man weiß noch nicht, auf welcher dieser beiden Grundlinien die französische Regierung zu operieren wissens ist: ob auf der Basis der auch von ihr für den Augenblick als unüberwindlich erkannten Realisation, die aber juristisch in Kraft ist; oder auf Grund der von ihr als durchführbar erklärten Vorschläge, die aber keine Rechtskraft besitzen.

Es ist anzunehmen, daß das Erstere geschieht. Es ist anzunehmen, daß am 15. Januar die 500 Millionen-Zahlung ausbleiben wird und daß dies von Frankreich als Verletzung im Sinne des Vertrages erklärt werden wird, nachdem vorher noch eine weitere Verletzung in Bezug auf die Kohlenlieferungen festzustellen ist, was dann noch die bereits notifizierten Verletzung in den Holzlieferungen kommt. Mit dieser dreifachen Verletzung würde Poincaré sich zu Sanktionen berechtigt erklären, und zwar entsprechend seiner bekannten in dem letzten Lager besonders betonten Theorie, auch ohne Mitwirkung seiner Alliierten. Er wird also am 15. Januar oder eine Woche später das französische Heer nach dem Ruhrgebiet in Bewegung setzen, wenn auch vielleicht nur geringe Kräfte, da aller Voraussicht nach zunächst nur eine logonante